

BESCHLUSSE DES FDP LANDESVORSTAND SACHSEN-ANHALT ZU DEN CORONA- MASSNAHMEN

am 11. Januar 2021

[Bürgerrechte](#),
[Coronabeschränkungen](#), [Dr. Lydia Hüskens](#) [FDP Sachsen-Anhalt](#), [Impfen](#)

Der FDP-Landesvorstand Sachsen-Anhalt hat sich ausgesprochen, dass Ziel der Maßnahmen Bundes- und Landesregierung für Eindämmung der CoViD-19-Infektionen ist, die Gesundheit der Bevölkerung vor einer Überlastung zu schützen und die Infektion von Menschen zu vermeiden. Nach den Verlautbarungen der Bundesregierung ist dieses Ziel erreicht, wenn die Angehörigen der Ärzteschaft und freie Berufe geimpft werden konnten, bzw. die Chance erhalten, die Menschen mit hohem Risiko. Dieses Ziel soll nach der Regierung im März 2021 erreicht sein.

Demgegenüber fordern die Freien Demokraten:

1. Einschränkungen der Freiheiten, die bis zu diesem Zeitpunkt zu Erreichung der Ziele notwendig sind, dürfen alleine auf Basis nachvollziehbarer Gründe (wenn... dann-Regeln) und es muss transparent begründet sein, dass sie signifikant sind.
2. Spätestens wenn der Gesundheitszustand erreicht ist, gibt es nach Überzeugung des FDP-Landtags in Sachsen-Anhalt keinen Anlass mehr für staatliche Vorschriften, etwa das Schließen von Einrichtungen oder Läden, gastronomische Einrichtungen o.ä. zu beschränken oder gar geschlossen zu halten. Gleiches gilt auch für andere Beschränkungen.
3. Zudem ist es das Ziel der Freien Demokraten, dass im Verlauf des Jahres 2021 auch alle weiteren Einschränkungen, wie das Tragen einer Maske im öffentlichen Raum, verschärfte Arbeitsschutzmaßnahmen abgeschafft werden.
4. Um für zukünftige Pandemien besser gerüstet zu sein, fordern die Demokraten eine Enquetekommission des Landtages für die Untersuchung, welche Strukturen und Ausstattungen sich in der Corona-Pandemie bewiesen haben und wo Strukturen verbessert werden müssen und etwa die schlechte Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung, mangelhafte personelle Ausstattung. Beispiele sind auch von der Landesregierung, etwa wenn Menschen aus anderen Ländern zeitweilig die Übernachtung im Hotel verweigert wird, obwohl sie aus anderen Ländern ohne weitere Kontrolle einreisen.
5. Wenn der Gesundheitsbereich sichergestellt haben lassen können, gibt es aus Sicht der FDP keinen Anlass, den Impfstatus zur Bedingung der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen oder der Nutzung des ÖPNV o.ä. zu machen.
Die unternehmerische Freiheit ist Voraussetzung etwa für den Besuch eines Konzertes zu machen, was die Freien Demokraten aber natürlich.
6. Für die FDP ist es unerträglich, dass die Bundes- und Landesregierungen die Unternehmen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und sie so zu Bittstellern macht.